



Protokoll der Abgeordneten-Versammlung der Amtsvormundschaft des Bezirks Baden vom Dienstag, 5. April 2011, 19.00 Uhr, im Werkhof Baden

Anwesend:

Vorstand: Stichert Norbert, GR Untersiggenthal, Präsident
Oehrli Daniela, GR Baden
Rahm Andrée, alt GR Birmenstorf
Diggelmann Brigitte, GR Bergdietikon, Aktuarin

Entschuldigt: Varga Stefan, GR Gebenstorf
Ehrendingen
Ennetbaden
Mellingen
Würenlingen
Würenlos

Gemeindevertreter

Baden	Oehrli Daniela
Bellikon	Woodtli Rolf
Bergdietikon	Diggelmann Brigitte
Birnenstorf	Zanger Cordula
Freienwil	Leibundgut Ursula
Killwangen	Scherer Werner
Künten	Schneller Maria
Mägenwil	Umbricht Michael
Stetten	Reichenbach Gabriela
Turgi	Marbach Silvana
Untersiggenthal	Stichert Norbert

Gäste:

Bellwald Elisabeth	AVB
Bertschi Reto	AVB
Bossard Werner	
Bumbacher Thomas	Revisor
Burri Renate	AVB
Castillo Perez Jasmin	AVB
Gerhardt Doris	AVB
Näf Gerhard	AVB
Preisich Stephan	AVB
Stahl Günther	AVB
Vogler Franziska	AVB
Zehnder Vreni	
Zürcher Paul	

Traktanden

1. Protokoll der DV vom 30. Juni 2010
2. Jahresbericht 2010
3. Jahresrechnung 2010
4. Kredit für Aufstockung
 - 4.1 Stellenerhöhung Amtsvormund
 - 4.2 Ausbau Büroräume
5. Gemeindedarlehen, Umsetzung der Weisung des Obergerichts des Kantons Aargau vom 1. März 2010 per 1. Januar 2012
6. Budget 2012
7. Informationen aus der Stelle
8. Varia

Begrüssung

Norbert Stichert begrüsst die anwesenden Gemeindevertreter und die Gäste. Er erklärt noch einmal, dass dieses frühere Datum wegen der Zusatzanträge, die das Budget 2011 betreffen, gewählt wurde. Für die JFB und die gemeinnützige Gesellschaft war eine Verschiebung nicht möglich, sie werden ihre Abgeordnetenversammlung im Juni durchführen.

Die Unterlagen zur heutigen Delegiertenversammlung wurden rechtzeitig zugestellt. Von den 17 Mitgliedsgemeinden sind 11 Vertreter anwesend.

Bei Abstimmungen werden die Stimmen entsprechend der Grösse der Gemeinden gezählt. Es wird als Stimmzählerin Silvana Marbach, Turgi, gewählt.

Die Traktandenliste wird ohne Änderungswunsch angenommen.

1. Protokoll der AV vom 30. Juni 2010

Das Protokoll wurde im Einladungsbüchlein auf Seite 2 – 8 abgedruckt.

<p>Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderung mit bestem Dank an die Verfasserin, Andrée Rahm, einstimmig genehmigt.</p>
--

2. Jahresbericht 2010

Im Büchlein auf den Seiten 9 – 16 sind verschiedene Jahresberichte zu finden: Der Jahresbericht der Stelle samt Statistiken, der Jahresbericht von V. Zehnder mit einem Rückblick auf ihre Zeit als Präsidentin sowie der Jahresbericht des neuen Präsidenten Norbert Stichert. Es werden keine Anmerkungen gemacht und auch keine Fragen zu den ausführlichen Berichten gestellt.

Beschluss: Der Jahresbericht 2010 wird einstimmig genehmigt.

3. Jahresrechnung 2010

Daniela Oehrli stellt die Jahresrechnung vor. Es resultiert ein kleiner Verlust von Fr. 17'418.00.

Es existiert noch ein Ausstand von Fr. 21'358.00 von Spreitenbach, betreffend der Zahlung der APK. Spreitenbach befindet sich in einem rechtlichen Verfahren mit der APK und weigert sich den Ausstand zu übernehmen. D. Oehrli fragt die Versammlung, ob der Betrag weiterhin in den Büchern erscheinen soll oder ob er ausgebucht werden soll.

Michael Umbricht, Mägenwil erklärt, dass Mägenwil auch mit Spreitenbach und anderen Gemeinden im Rechtsstreit mit der APK ist, aber trotzdem den Betrag bezahlt hat. Der Rechtsstreit habe ja auf den Verband keinen Einfluss. Er würde sehr deutlich noch einmal mahnen und den Betrag in der Buchhaltung belassen.

Daniela Oehrli stellt fest, dass Vreni Zehnder und Stephan Attiger (Stadtammann Baden) schon mit Spreitenbach gesprochen habe, aber dort eine strikte Abfuhr erhalten haben.

Vreni Zehnder informiert, dass Spreitenbach schon bevor die APK ihre Forderung stellte nicht mehr zum Verband gehörte, d.h. sie würden die Schuld freiwillig übernehmen. Die APK konnte nicht klar benennen, wer wieviel bezahlen sollte und so hat der Vorstand der AV selber die Kosten aufgeteilt und auch die Gemeinden einbezogen, die vorher ausgetreten waren. Die anderen Gemeinden haben den Betrag freiwillig bezahlt. Sie habe mit Herrn Süess vom Rechtsdienst des Kantons gesprochen. Wir sind der einzige Verband, der von den ausgetretenen Gemeinden noch etwas verlangt hat.

Beschluss: Der Betrag bleibt vorläufig in den Büchern bis zur Klärung des rechtshängigen Verfahrens von Spreitenbach; danach wird erneut entschieden über Einforderung oder Abschreibung.

Bei den Löhnen schlägt die Erhöhung der Sekretariatsstelle von 50%, die an der letzten DV angenommen wurde, zu Buche. Auch die Personalbeschaffung mit 3 Assessments generiert Mehrkosten. An der letzten DV wurde gefordert, der Personalsuche grösseres Gewicht zu geben, damit gutes Personal gefunden werden kann. Zudem waren drei Amtsvormunde in einer Weiterbildung. Dafür wurden bei den Verwaltungskosten Fr. 23'000.00 eingespart.

Es werden keine Fragen zur Rechnung gestellt.

Der Revisor Thomas Bumbacher, verzichtet auf das Verlesen des Revisionsberichtes, der auf Seite 19 abgedruckt wurde. Am 24. Februar wurde die Rechnung vor Ort geprüft und als ordnungsgemäss befunden. Er empfiehlt die Rechnung zu genehmigen unter bester Verdankung an Gerhard Näf.

Beschluss: Die Rechnung 2010 wird einstimmig genehmigt und damit dem Vorstand Décharge erteilt.

4. Kredit für Aufstockung

In der Einladung wurde der Antrag auf Aufstockung ausführlich dokumentiert.

Gemäss der Statistik drängt sich eine Stellenerhöhung auf. Es sind momentan deutlich mehr als 100 Fälle pro Amtsvormund zu bewältigen. Experten empfehlen 65 – 75 Mandate bei 100 Stellenprozenten. Bei einer Stellenerhöhung würde die Fallbelastung wenigstens auf ca. 90 – 95 Fälle sinken. Zudem ist mit einem weiteren Anstieg der Fälle in Zukunft zu rechnen.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Büroräumlichkeiten im 1. Obergeschoss bedankt sich der Präsident bei Paul Zürcher, der sich in verdankenswerter Weise bereit erklärte auch die Umbauten im 2. Obergeschoss zu planen und den Umbau zu überwachen. Im 1. Obergeschoss müssen die Räume für die Administration / Buchhaltung vergrössert werden, 2 Amtsvormunde werden neu ihre Büros im 2. Obergeschoss beziehen. Der ganze 2. Stock ist vermietet, der Mieter ist aber nicht eingezogen. Mit Eigentümer und Mieter konnte man sich auf einen Untermietvertrag einigen, der bis zum Vertragsende des Mieters am 31. Mai 2014 laufen soll. Im 2. Stock soll ein Eingangsraum, 2 Büroräume sowie 1 noch leeres Büro als Reserve (Lager, Büro für Praktikant oder Lernende) erstellt werden.

Der Präsident fasst die beiden Anträge zusammen: Die Fallbelastung ist zu gross, die Zahlen nehmen zu, es ist eine zusätzliche Stelle nötig. Dies macht einen Ausbau nötig, der am jetzigen Standort einen Stock höher realisiert werden kann.

Es werden keine Fragen gestellt.

Norbert Stichert stellt die Kostenaufstellung, Kredit für Aufstockung 2011 vor. Über das Budget wurde im Juni 2010 abgestimmt. Zusätzlich kommen nun neue Beträge für Personalaufstockung und Raumaufwand dazu. In der hintersten Spalte rechts sind die neuen Budgetzahlen zu finden.

Frau Maria Schneller, Künten möchte wissen weshalb der zusätzliche Personalaufwand so hoch ist, ob dieser nicht für ein halbes Jahr berechnet werde.

Gerhard Näf beantwortet die Frage und stellt fest, dass im Zusammenhang mit der Anstellung eines neuen Amtsvormundes auch das Sekretariat um 50% erhöht und die Buchhaltung um 30% aufgestockt werden müssen. Deshalb sind die Kosten so hoch. Sie sind aber tatsächlich nur für ein halbes Jahr berechnet worden.

Gabriela Reichenbach, Stetten fragt, wie sicher der Untermietvertrag sei, damit nicht plötzlich der Vermieter wenn er einen Mieter findet, der das ganze Stockwerk übernimmt, uns kündigt.

Norbert Stichert erklärt, dass wir einen festen Untermietvertrag bis 31. Mai 2014 haben. Zudem würde uns der Mieter bei vorzeitiger Kündigung unsere Investitionen über einen

Amortisationsbeitrag abgelten. Der Ausbaustandard sei zudem bewusst einfach gehalten, was uns Flexibilität bezüglich der Änderungen im Vormundschaftsrecht gibt. Unter Umständen benötigen wir ab 2014 weiteren Raum, wenn wieder Gemeinden dazustossen. Die Situation wird im 2013/14 mit dem Eigentümer angeschaut, dazu haben wir eine feste mündliche Zusage, dass die Weiterführung der Miete in Ordnung ist.

Silvana Marbach, Turgi regt an, diese Zusage lieber schriftlich zu verlangen.

Rolf Woodtli, Bellikon fragt, was passieren würde, wenn der Vermieter plötzlich bankrott gehen würde.

Paul Zürcher erklärt, dass der Vermieter einverstanden ist mit der Untervermietung, es wäre aber allenfalls von Vorteil, wenn der Vermieter auch auf dem Untermietvertrag unterschreiben würde. Er bedankt sich für die Anregung. Norbert Stichert bestätigt, dass die AV auf die schriftliche Zusicherung des Eigentümers bestehen wird.

Norbert Stichert stimmt über die Anträge 4.1 und 4.2 ab:

4.1

1. Es sei eine neue Amtsvormundsstelle per 1. Juli 2011 zu bewilligen.
2. Es sei der Kredit im Betrag von Fr. 123'450.00 gemäss separatem Budget für Personalaufwand, Unterhalt und Verwaltung inkl. Informatik zu bewilligen.

Beschluss: Beide Anträge werden in globo einstimmig angenommen.

4.2

1. Es sei der Kredit im Betrag von Fr. 96'500.00 gemäss separatem Budget für den Ausbau zusätzlicher Räume zu bewilligen.
2. Es sei der Kredit im Betrag von Fr. 19'000.00 gemäss separatem Budget für Miete, Nebenkosten und Reinigung der zusätzlichen Räume zu bewilligen.
3. Es sei der Untermietvertrag für die neu zu mietenden Räume zu bewilligen.

Beschluss: Alle drei Anträge werden in globo einstimmig angenommen.

5. Gemeindedarlehen, Umsetzung der Weisung des Obergerichts des Kantons Aargau vom 1. März 2010 per 1. Januar 2012

Norbert Stichert macht auf die ausführliche Dokumentation in der Einladung aufmerksam.

Stephan Preisch führt aus, dass wir froh sind, dass das Obergericht die Möglichkeit eines Betriebskontos grundsätzlich zulassen wird und nicht für jeden Klienten nun ein eigenes Konto eröffnet werden muss. Es geht vor allem darum, dass die Guthaben verzinst werden. Das Minus darf nicht von anderen Klienten gedeckt werden, das würde der Zustimmung der Vormundschaftsbehörde bedürfen. Stephan Preisch und Gerhard Näf haben ausgerechnet dass ein Grundstock von Fr. 200'000.00 benötigt wird. Das Problem ist die zeitliche Verschiebung von Eingängen und Ausgängen. Damit z.B. bei Mietzahlungen die Kontinuität gewährt werden kann, sollte diese schon bezahlt

werden, wenn die Rente noch gar nicht eingegangen ist. Wir haben Zeit bis zum 1. Januar 2012, dann sollte die Weisung umgesetzt werden. Die Fr. 200'000.00 haben nichts mit der Klienten- oder Verbandsbuchhaltung zu tun, sondern ist ein eigenes Darlehens-Konto, das von G. Näf verwaltet wird. Wenn eine Gemeinde austritt erhält sie ihr Darlehen verzinst zurück.

Daniela Oehrli informiert, dass der Stadtrat Baden an der letzten Sitzung beschlossen hat, den Beitrag ins Budget 2012 aufzunehmen und anfangs 2012 auszulösen.

Silvana Marbach, Turgi erklärt, dass der Betrag ins Budget aufgenommen und wenn das Budget angenommen wird, überwiesen wird.

Michael Umbricht, Mägenwil stört es, dass so ein grosser Administrativaufwand betrieben wird um ein kleines rechtstheoretisches Problem zu lösen, nur weil es nicht ganz buchstabengetreu ist. Er fragt sich zudem, ob man beim Gerichtsmodell nicht Gefahr läuft noch mehr solche Probleme, die keine wären, zu generieren. Als drittes möchte er gerne wissen, ob das Obergericht weisungsbefugt ist.

Stephan Preisch beantwortet die Fragen folgendermassen: Das Obergericht ist weit weg von der Front. Viele Amtsvormundschaften, welche ein Betriebskonto führen sind nun aber grundsätzlich froh, dass das Obergericht eine moderate Lösung gewählt hat und eingeschwenkt ist. Der Gesetzestext ist relativ klar. Was das Gerichtsmodell betrifft, so müssen wir uns überraschen lassen wie formell das Ganze sein wird. Das Obergericht ist weisungsberechtigt, es ist die zweite Aufsichts- und Weisungsbehörde. Wir sind folgepflichtig.

Rolf Woodtli, Bellikon möchte wissen, wieso die Gemeinden Bank spielen sollen, ob es keine andere Möglichkeit gebe.

Stephan Preisch stellt fest, dass es eine Zinsproblematik geben würde, wenn wir das Geld bei einer Bank ausleihen würden. Zudem ist eine Auflage des Obergerichts, dass der Gemeindeverband das Geld zur Verfügung stellen muss.

Michael Umbricht, Mägenwil möchte wissen, ob das Darlehen einmalig ist.

Stephan Preisch stimmt zu. Wenn aber die Sozialbedürftigkeit exorbitant zunehmen würde, müsste evtl. ein Ergänzungsantrag gestellt werden. Der Verteilschlüssel wird beibehalten.

Es wird über folgende Anträge abgestimmt:

1. Von der Umsetzung der obergerichtlichen Weisung vom 1. März 2010 wird Kenntnis genommen.
2. Das dafür benötigte Darlehen wird von den Mitgliedsgemeinden gemäss dem Verteilschlüssel „Klientenmonate mit Zahlungsverkehr“ einbezahlt.
3. Das Darlehen der Gemeinden wird nach den aktuellen Zinssätzen der Post verzinst.
4. Der Vorstand wird beauftragt, ein entsprechendes Reglement zu erstellen.

Beschluss: Die vier Anträge werden in globo einstimmig angenommen.

6. Budget 2012

Der Voranschlag 2012 ist im Einladungsbüchlein auf Seite 22 zu finden.

Hier finden sich der Budgetvergleich 2010 – 2012 und die Rechnung 2010.

Gemäss Beschluss über die Stellenerhöhung ist eine Personalzunahme und eine Zunahme im Raumaufwand aufgeführt. Auch Unterhalt und Informatik sind höher, dies hängt alles mit dem Ausbau und der Pensenaufstockung zusammen.

Auf Seite 23 ist der Gemeindeverteiler aufgeführt.

Beschluss: Das Budget 2012 und der Gemeindeverteiler 2012 werden ohne Gegenstimme angenommen.

7. Informationen aus der Stelle

Reto Bertschi, seit 1 ½ Jahren zusammen mit Stephan Preisch Stellenleiter, dankt dem Vorstand für die grosse Unterstützung bei der Aufstockung und dem Ausbau der neuen Räume. Zudem dankt er dem ganzen Team, den Amtsvormunden, dem Sekretariat sowie der Buchhaltung für die gute Zusammenarbeit. Er stellt die neue Sekretariatsmitarbeiterin Franziska Vogler sowie die neue Amtsvormundin Doris Gerhardt vor. Auch dieses Jahr müssen wieder zwei neue Amtsvormundsstellen besetzt werden, die neu bewilligte Stelle und der Ersatz für Günther Stahl, der pensioniert wird.

Stephan Preisch stellt die nächsten Schritte des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts vor. Die Arbeitsgruppe habe nun die Arbeit abgeschlossen, nun sei die Politik an der Reihe. Alles weist darauf hin, dass der Aargau als einziger Deutschschweizer Kanton die Gerichtsvariante wählen wird. Dies ist die erhoffte Variante, da alles Familienrechtliche unter einem Dach sein wird. Diese Variante wird keine Auswirkung auf den Verband haben. Wie weit die Gemeinden noch Einfluss haben werden, ist noch unklar. Stephan Preisch stellt fest, dass schon erste Bücher zum neuen Recht erhältlich sind, der Kommentar zum neuen Kindes- und Erwachsenen-schutzrecht und ein Buch über die „Fürsorgerische Unterbringung“ (bisheriger FFE).

Stephan Preisch bedankt sich bei den Gemeinden, dass die Stellenaufstockung und die neuen Räumlichkeiten so einstimmig bewilligt wurden und schätzt es, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter privilegiert sind an einem so guten Ort zu arbeiten.

8. Verschiedenes

Stephan Preisch verabschiedet Günther Stahl in den frühzeitigen Ruhestand. Er wurde als einziger Amtsvormund noch im letzten Jahrhundert (1998) angestellt und hat während seiner Tätigkeit ca. 450 Personen betreut.

Norbert Stichert bedankt sich bei Vreni Zehnder, dass sie an dieser Abgeordnetenversammlung als Auskunftsperson noch teilgenommen hat. Zudem bedankt er sich bei Paul Zürcher, dass er den Vorstand beim Ausbau der Räumlichkeiten noch einmal tatkräftig unterstützt.

Er bedankt sich bei der Co-Leitung und der administrativen Leitung für die gute Arbeit. Dem Vorstand dankt er für die Unterstützung und die freundschaftliche Zusammenarbeit. Er bedankt sich vor allem beim Vorstandsmitglied Andrée Rahm für die Organisation des Apéros und die feinen selbstgebackenen Zöpfe.

Er beschliesst die Versammlung um 20.05 und dankt allen für ihr Erscheinen und das Interesse an der AV.

Für das Protokoll

Brigitte Diggelmann, Aktuarin

Bergdietikon, 6. April 2011

Geht an:

Alle Verbandsgemeinden

Alle Vorstandsmitglieder

Amtsvormundschaft Baden